



## Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft

### Niederschrift über die 8. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft am 18. November 2025

---

Sitzungsraum: Raum 126/127 der Kreisverwaltung, Carl-Heydemann-Ring 67  
in 18437 Stralsund

Sitzungsdauer: 17:00 - 19:20 Uhr

#### Anwesenheit:

##### **Vorsitzender**

Herr Christian Zorn

##### **Kreistagsmitglied**

Herr Christian Ehlers

Frau Sandra Graf

Herr Holger Gutzmann

Herr Frank Ilchmann

Herr Siegfried Klein

Herr Holger Kliewe

Herr Dirk Niehaus

Frau Heike Völschow

##### **Sachkundige Einwohner/-in**

Herr Ralf Porath

Herr Maximilian Tophoff-Kaup

##### **Stellvertreter/-in**

Herr Max Kuster

Herr Björn Ottensmeier

Herr Jan Zipperling

Vertretung Herrn Hagen

Vertretung Herrn Koesling

Vertretung Frau Hegenkötter

##### **Von der Verwaltung**

Herr Heiko Gernetzki

Frau Karen Hoppenrath

Fachdienstleiter Umwelt

Fachdienstleiterin Stabstelle Wirtschafts-  
förderung und Regionalentwicklung

Fachgebietsleiter Finanzmanagement

Protokollführer

Herr Christian Müller

Herr Hannes Arndt

#### Es fehlen:

##### **Kreistagsmitglied**

Herr Aurel Hagen

Frau Beatrix Hegenkötter

Herr Sebastian Koesling

Herr Thomas Pauketat

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

## Tagesordnung

### - Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 16. September 2025
5. Bestellung der Protokollführung und Stellvertretung für den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft BV/4/0139
6. Haushaltssatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen für den Haushalt 2026 BV/4/0155
7. Präsentation des ganzheitlichen Konzeptes für die Nehrung Schaabe zur Optimierung der Verkehrssituation
8. Energieversorgung des LNG Mukran Kraft, Wärme, Koppelungsanlagen
9. Abstimmung Sitzungstermine des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft 2026
10. Anfragen
11. Mitteilungen

### - Nichtöffentlicher Teil -

12. Bestätigung der nichtöffentlichen Tagesordnung
13. Kenntnisnahme der nichtöffentlichen Niederschrift vom 16. September 2025
14. Anfragen
15. Mitteilungen

## Sitzungsergebnis

### - Im öffentlichen Teil -

#### 1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Zorn eröffnet die 8. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und 13 von 15 Ausschussmitgliedern anwesend sind. Herr Zorn stellt somit die Beschlussfähigkeit fest.

#### 2. Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen werden nicht gestellt.

#### 3. Bestätigung der Tagesordnung

Anmerkungen zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft stimmt der vorliegenden Tagesordnung einstimmig zu.

#### **4. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 16. September 2025**

---

Anmerkungen zur Niederschrift werden nicht vorgetragen.

Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft nimmt die öffentliche Niederschrift vom 16. September 2025 zur Kenntnis.

*Herr Tophoff-Kaup betritt die Sitzung um 16:01 Uhr (14/15)*

#### **5. Bestellung der Protokollführung und Stellvertretung für den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft** **Vorlage: BV/4/0139**

---

Redebedarf besteht nicht.

Herr Zorn bittet um Abstimmung.

##### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft beschließt:

1. Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft bestellt Herrn Bastian Köhler als Protokollführer und Frau Anja Pfefferkorn als stellvertretende Protokollführerin ab.
2. Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung bestellt Herrn Hannes Arndt zum Protokollführer und Herrn Bastian Köhler als stellvertretenden Protokollführer.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

#### **6. Haushaltssatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen für den Haushalt 2026** **Vorlage: BV/4/0155**

---

Herr Müller stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Eckpunkte des Haushalts 2026 vor.

(siehe Anlage: PPP\_Eckpunkte\_Haushalt)

Herr Kliewe merkt an, dass der Haushalt mit einer Kreisumlage von 43,5 Prozent geplant sei und fragt, was passiere, wenn der Kreistag die angedachten 43,5 Prozent nicht beschließen sollte. Es gebe viele kritische Stimmen, insbesondere die Bürgermeister seien gegen eine Erhöhung der Kreisumlage. Der Haushalt sei ohnehin nicht durch eine Erhöhung der Kreisumlage um 1,5 Prozent zu retten. Das enorme Haushaltsdefizit sei ein strukturelles Problem, welches überwiegend durch Bundes- und Landesgesetzgebung entstanden sei, so Herr Kliewe. Angesichts dessen sei es nicht sinnvoll, über Stellschrauben wie der Kreisumlage einige hunderttausend Euro einzusparen, wenn ein Defizit von über 90 Mio. EUR beseitigt werden muss. Vielmehr müsse man grundlegende Änderungen vornehmen, um den Haushalt langfristig stabil zu halten. Insbesondere im Sozialen Sektor gebe es laut Herrn Kliewe große Ein-

sparpotenziale.

**Herr Müller** weist darauf hin, dass ein Prozent Kreisumlage in etwa 3 Mio. EUR entsprechen. Um den Haushalt auszugleichen, müsse man zunächst alle Einnahmemöglichkeiten ausschöpfen, um dann eine Erhöhung der Kreisumlage zur Steuerung heranzuziehen. Dabei sei der Spielraum jedoch begrenzt.

**Herr Gutzmann** unterstützt die Aussage von Herrn Kliewe. Man sollte als Kreistag dem Haushalt nicht zustimmen um die Landesregierung zum Umdenken bezüglich der Sozialausgaben zu bewegen.

Sofern kein Haushalt beschlossen wird, befinde man sich in der vorläufigen Haushaltsführung, so **Herr Müller**. Auch dann müsse man Pflichtaufgaben wie Sozialleistungen auch weiterhin bezahlen.

Man müsse konkret benennen, dass die Sozialausgaben ein großes Problem seien, so **Herr Ilchmann**.

Weiterhin merkt **Herr Müller** an, dass die Haushaltsprobleme bereit über die Städte- und Gemeindevertretungen bzw. über den Landkreistag an die Bundes- und Landesregierung herangetragen werden.

**Herr Gernetzki** stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation den Teilhaushalt des Fachdienstes Umwelt vor.  
(siehe Anlage: PPP\_Teilhaushalt\_FD44)

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

**Herr Zorn** bittet um Abstimmung.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft empfiehlt dem Kreistag nicht wie folgt zu beschließen:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Haushaltssatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen für den Haushalt 2026 mit ihren Bestandteilen und Anlagen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

#### **7. Präsentation des ganzheitlichen Konzeptes für die Nehrung Schaabe zur Optimierung der Verkehrssituation**

---

*Herr Kuster verlässt die Sitzung um 17:33 Uhr. (13/15)*

*Herr Ehlers verlässt die Sitzung um 17:33 Uhr. (12/15)*

**Frau Hoppenrath** und **Herr Gernetzki** stellen anhand einer PowerPoint-Präsentation das Konzept für die Nehrung Schaabe zur Optimierung der Verkehrssituation vor.  
(siehe Anlage: PPP\_Konzept\_Schaabe)

*Herr Gutzmann verlässt die Sitzung um 18:00 Uhr. (11/15)*

**Herr Klein** fragt, wie viel die Umsetzung dieses Konzeptes insgesamt kosten solle.

Bisher sei keine Kostenschätzung gemacht worden, so **Herr Gernetzki**. Es ginge nur darum, die Möglichkeiten zur Optimierung der Verkehrssituation an der Schaabe zu eruieren. Es gebe weder konkrete Zeitpläne noch Kostenschätzungen.

**Herr Klein** merkt an, dass man solche Dinge nicht einfach planen könne, ohne sich über die Kosten im Klaren zu sein.

**Herr Gernetzki** antwortet, dass man nichts tatsächlich geplant habe. Es ginge nur darum, Maßnahmen herauszuarbeiten, welche zu einer Entlastung der Verkehrssituation an der Schaabe führen würden. Erst jetzt beginne man damit, konkrete Maßnahmen zu planen. Sofern dies erfolgt sei, könne man auch Aussagen über die Kosten treffen, so **Herr Gernetzki**.

**Herr Klein** fragt, wo man das Geld für die Umsetzung der Maßnahmen hernehmen wolle. Es sei unmöglich, dieses Konzept umzusetzen, da alle Kommunen pleite seien, so **Herr Klein**.

**Frau Hoppenrath** weist darauf hin, dass unterschiedliche Akteure involviert seien. Beispielsweise sei die Gemeinde für die Errichtung der Parkplätze zuständig und die Landesforst für Ausgleichsmaßnahmen. Die Sanierung der Straße liege wiederum in der Zuständigkeit des Straßenbauamtes. Daher könne man nicht sagen, wie hoch die Gesamtkosten seien.

**Herr Kliewe** sagt, dass das Konzept die Lebensrealität der Strandbesucher verfehle. Insbesondere der ÖPNV werde von den Besuchern nicht genutzt werden. Es brauche stattdessen ausreichend Parkplätze in Strandnähe. Weiterhin sagt **Herr Kliewe**, dass eine Sanierung der Straße (L30) schwer umsetzbar sei, da man vor Ort nicht einseitig arbeiten könne. Der Radweg dürfe nicht über die Straße führen, sondern müsse ausschließlich entlang einer Straßenseite entlangführen.

**Herr Gernetzki** merkt an, dass die Entwicklung dieses Konzepts auf den Impuls von Herrn Dr. Kerth hin entstanden sei. Man müsse nun über Optimierungsvorschläge diskutieren, um dann in die Umsetzung zu kommen.

**Herr Kliewe** sagt, dass niemand den Shuttleverkehr ausgehend von Sagard oder Glowe nutzen werde.

Man werde sehen, ob sich die Besucher doch umentscheiden, nachdem man härter gegen Parkverstöße vorgehe, so **Herr Gernetzki**.

Wenn man wie geplant mit Strafzetteln gegen die Parkverstöße vorgehe, würden die Besucher die Schaabe meiden und sich Alternativen suchen, so **Herr Kliewe**.

**Herr Zorn** merkt an, dass aktuell Stücke des Waldes an der Schaabe gerodet werden, und fragt, wie dies sein kann, da die Schaabe schließlich Natura-2000-Gebiet sei.

**Herr Gernetzki** antwortet, dass die Schaabe kein naturbelassener Wald sei, sondern ein Wirtschaftswald.

Es sei zu begrüßen, dass ein solches Konzept erarbeitet wurde, so **Herr Niehaus**. Man müsste ab der kommenden Saison damit beginnen, kleinere Etappenziele wie die Parkraumüberwachung und die Erweiterung des ÖPNV zu erreichen. Dann könne man feststellen, ob die Besucher für das Konzept empfänglich wären. Parkhäuser

seien zu teuer, zumal man auf allen sechs existierenden Parkflächen ein Parkhaus bauen müsste. Darüber hinaus könne man dies ohnehin nicht bauen, da das Landeswaldgesetz einen Abstand von 30 Metern zum Wald vorgebe.

**Herr Zorn** schlägt vor, die Bushaltestellen in die Parkplätze zu integrieren. So könne man das Fällen einiger Bäume vermeiden.

**Herr Klein** merkt an, dass die Situation an der Schaabe bereits seit 50 Jahren dieselbe sei. Da das Problem mit den Falschparkern ohnehin nur über drei bis vier Monate während der Saison aufkomme, sei es nicht lohnenswert, einen derartigen Aufwand zu betreiben.

*Frau Völschow verlässt um 18:23 Uhr die Sitzung. (10/15)*

**Herr Kliewe** sagt, dass man Leuten, die dort illegal am Straßenrand parken, nicht ordnungsrechtlich nachstellen dürfe, solange man ihnen keine alternative Parkmöglichkeit anbiete. Die Gemeinden haben sich schon immer gegen eine Verfolgung ausgesprochen, da sie die Badegäste nicht abschrecken wollen.

**Herr Zorn** bezweifelt, dass ein Ausbau des ÖPNV hier die Lösung sei. Außerdem fragt **Herr Zorn**, wer an der Erarbeitung dieses Konzepts beteiligt gewesen sei.

**Frau Hoppenrath** sagt, dass sie in einer Lenkungsgruppe gesessen habe, in der alle betroffenen Bürgermeister sowie das Straßenbauamt mit Herrn Sendrowski mitgewirkt haben. **Frau Hoppenrath** erinnert an einen Zeitungsartikel, in dem Herr Sendrowski sagte, dass er Leitplanken an die Straße bauen werde, wenn sich die Situation mit den Falschparkern nicht verbessere. Auch Frau Prieß von der Landesforst komme von Rügen und sei Mitglied der Lenkungsgruppe. Sowohl die betroffenen Bürgermeister als auch die Gemeindevertretungen seien in die Planung eingebunden worden.

**Herr Gernetzki** weist darüber hinaus auf die unterschiedlichen Zuständigkeiten hin.

**Herr Zorn** fragt, ob die Sanierung der Straße unter Vollsperrung stattfinden werde.

**Herr Gernetzki** habe keine genaueren Informationen darüber, wie die Sanierung im Einzelnen ablaufen werde. Das Straßenbauamt werde aber rechtzeitig darüber informieren.

**Frau Hoppenrath** teilt mit, dass sie bezüglich der Sanierung mit Herrn Bowie vom Straßenbauamt Rücksprache halten werde.

**Herr Ilchmann** merkt an, dass die Kombination aus Parkplätzen und Bushaltestellen unpraktikabel sei. Wenn man den Bus nutzt, sollte man den Vorteil haben, andere Strandabgänge zu nutzen als Besucher, die mit dem Auto anreisen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

## **8. Energieversorgung des LNG Mukran Kraft, Wärme, Koppelungsanlagen**

**Herr Zorn** teilt mit, dass es aufgrund einer fehlenden Kraft-Wärme-Koppelungsanlage (KWK) an dem LNG-Terminal in Mukran enorme Lärmbelastigungen gebe. Ziel sei es, als Ausschuss eine Empfehlung an den Landrat auszusprechen, damit sich dieser dafür einsetze, die Lärmbelastigungen rund um Mukran einzudämmen.

men.

**Herr Niehaus** merkt an, dass man Lärmmessungen vornehmen sollte, um zunächst festzustellen, ob Verstöße gegen das Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) vorliegen. Sollte das Terminal tatsächlich zu laut sein, könne man über das BImSchG ordnungsrechtliche Maßnahmen ergreifen.

*Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft erteilt Herrn Kunstmann einstimmig das Rederecht.*

**Herr Kunstmann** sagt, dass dies ein großes Thema in Sassnitz sei, da die Regas zugesichert habe, die KWK-Anlage in Betrieb zu nehmen, sodass die Abwärme für die Wärmeversorgung in Sassnitz genutzt werden könne. Die Lärmbelastigungen entstünden immer kurz bevor ein Tanker anlege. Das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt (StALU) habe diesbezüglich Messungen vorgenommen, die bestätigen würden, dass das LNG-Terminal den gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwert übersteige, so **Herr Kunstmann**. Die Regas bestreite das jedoch. Die Stadtvertretung Sassnitz habe beschlossen, die Regas dazu aufzufordern, die KWK-Anlage in Betrieb zu nehmen.

**Herr Klein** bestätigt, dass es auch in Prora zu Lärmbelastigungen aufgrund des LNG-Terminals komme.

**Frau Graf** sagt, dass es dringend nötig sei, als Kreistag eine Empfehlung auszusprechen, um dahingehend Abhilfe zu schaffen.

Man könne die Verwaltung beauftragen, zu prüfen, inwiefern eine gutachterliche Stellungnahme in Auftrag gegeben werden könne, so **Herr Niehaus**. Man bräuhete unabhängige Messungen, um rechtssicher und im Zweifel gerichtlich gegen die Lärmbelastigung vorgehen zu können.

**Herr Zorn** sagt, dass die Nutzung der KWK-Anlage im Interesse der Regas sei. Ohne die KWK-Anlage könne das LNG-Terminal nur zu 70 Prozent ausgelastet werden. Mit der Nutzung der KWK-Anlage könne eine 100-prozentige Auslastung erfolgen. **Herr Zorn** fragt Herrn Gernetzki, was das beste Vorgehen in dieser Sache sei.

**Herr Gernetzki** weist darauf hin, dass das LNG-Terminal durch das StALU überwacht werde. Es erschließe sich ihm nicht, warum man als Landkreis Geld dafür einsetzen solle, um die Messungen des StALU zu überprüfen. Wie Herr Kunstmann bereits ausgeführt habe, solle es bereits Grenzwertüberschreitungen gegeben haben. Es bleibe abzuwarten, wie das StALU damit umgehe.

**Herr Niehaus** erklärt, dass es ihm nicht darum gehe, neue Messungen seitens des Landkreises anzustellen, sondern die Messungen, die vom StALU durchgeführt worden sind, zu überprüfen. Man solle das StALU einladen, damit es sich zu dem Sachverhalt äußern könne.

**Herr Zorn** merkt an, dass die Regas es in Aussicht gestellt habe, die KWK-Anlage zu installieren und auch zu nutzen. Dies sei aber bisher nicht geschehen.

**Herr Ilchmann** fragt, ob die KWK-Anlage überhaupt zu einer Reduzierung des Lärms führen würde. Schließlich entstehe der Lärm hauptsächlich auf den Schiffen. Ohnehin könne man keine fundierte Entscheidung über das Vorgehen treffen, sofern man zuvor die Regas und das StALU nicht angehört habe.

**Herr Kliewe** sagt, dass man zunächst die Messdaten des StALU überprüfen müsse. Als Kreistag müsse man dafür Sorge tragen, dass sich die Situation in Sassnitz verbessere und ggf. auch die Landespolitik einschalten.

*Herr Kliewe verlässt die Sitzung um 18:52 Uhr. (9/15)*

**Herr Gernetzki** erklärt, dass sich das LNG-Terminal nach wie vor im laufenden Verfahren befinde. Es sei somit noch nicht entschieden, ob der Änderungsantrag der BlmSch-Genehmigung auch angenommen werde.

In den vergangenen drei Jahren habe man festgestellt, dass die Anträge so genehmigt werden, wie sie gestellt werden, so **Herr Kunstmann**.

**Herr Gernetzki** merkt an, dass die Verbindungsanlage nur bis 2024 genehmigt worden sei.

**Herr Kunstmann** sagt, dass das StALU eine Duldungsgenehmigung erteilt habe.

**Herr Zorn** merkt an, dass die Regas nun eine zeitlich unbegrenzte Genehmigung für die Betreibung des LNG-Terminals ohne KWK-Anlage beantragt habe.

**Herr Klein** fragt, welche Behörde die Genehmigung erteile und welcher Stelle diese untergeordnet sei.

**Herr Zorn** antwortet, dass das StALU als Landesbehörde die Genehmigung erteile. **Herr Zorn** fragt, wie man nun als Umweltausschuss handeln könne.

**Herr Zipperling** merkt an, dass der Umweltausschuss nur beratend ist und letztendlich ein Beschluss des Kreistages notwendig sei. Man könne eine außerordentliche Ausschusssitzung veranstalten, zu der die Regas und das StALU geladen werden. Dort könne über das Thema beraten werden, sodass man anschließend eine qualifizierte Empfehlung für den Kreistag geben könne.

**Herr Niehaus** unterstützt das Vorhaben von Herrn Zipperling.

**Herr Gernetzki** schlägt vor, einen gemeinsamen Antrag im Kreistag zu stellen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

## **9. Abstimmung Sitzungstermine des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft 2026**

---

Anmerkungen werden nicht vorgetragen.

Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft nimmt die Sitzungstermine für das Jahr 2026 zur Kenntnis.

## **10. Anfragen**

---

**Herr Niehaus** merkt an, dass es regelmäßig Runden mit ehrenamtlichen Naturschutzwarten gebe. Diese seien in der Vergangenheit vernachlässigt worden. Daher fragt **Herr Niehaus**, wann es diese Runden wieder geben werde.

**Herr Gernetzki** merkt an, dass dies aufgrund von Personalmangel schwer umzusetzen sei. Man befinde sich aber diesbezüglich im Austausch und versuche, im Frühjahr 2026 wieder ein Treffen zu vereinbaren.

**Herr Tophauff-Kaup** verweist auf die Anfrage im vergangenen Kreistag bezüglich der Entsorgung von Windkraftträdern. Es wurde an ihn die Bitte herangetragen, dieses Thema im Umweltausschuss zu thematisieren.

**Herr Zorn** sagt, dass er dieses Thema gerne im Ausschuss behandelt hätte. Er habe sich jedoch dagegen entschieden, da die Tagesordnung bereits zu voll sei. **Herr Gernetzki** werde die Einwohneranfrage jedoch schriftlich beantworten. **Herr Zorn** würde dieses Thema gerne im kommenden Jahr auf die Tagesordnung nehmen und ggf. jemanden einladen, der zu dem Thema aussagen könne.

**Herr Gernetzki** teilt mit, dass sich die Einwohneranfrage in Bearbeitung befinde. Der Landkreis sei für die Abfallüberwachung zuständig.

**Herr Tophauff-Kaup** merkt an, dass dieses Thema derzeit besonders aktuell sei, da aufgrund von Repowering viele ältere Anlagen entsorgt werden.

**Herr Niehaus** fragt, ob die Antwort auf die Einwohnerfrage auch an die Mitglieder des Ausschusses weitergegeben werde.

**Herr Gernetzki** antwortet, dass er das Schreiben an das Kreistagsbüro weiterleiten werde. Dann könne man entscheiden, ob das Thema auf einer späteren Sitzung besprochen werden solle.

**Herr Zorn** verweist auf einen Brief, welcher das Verbrennen von Gartenabfällen untersage. Insbesondere für Kleingärtner sei das unzumutbar.

Es gebe im gesamten Kreisgebiet mehrere Wertstoffhöfe und auch private Entsorger, so **Herr Gernetzki**. Auch Kompostierung sei eine Möglichkeit. Ein Aufschrei gegen dieses Schreiben sei ausgeblieben. Man habe vereinzelt Anfragen bzw. Beschwerden erhalten.

**Frau Graf** widerspricht Herrn Gernetzki. Der Aufschrei sei groß gewesen.

**Herr Gernetzki** sagt, dass es nicht angekommen sei. Im Vorfeld habe man versucht, dieses Thema mit den Kleingartenverbänden zu besprechen. Darauf meldete sich nur der Rügener Kleingartenverband. Außerdem befinde sich die Pflanzenabfallverordnung Mecklenburg-Vorpommern (PflanzAbfLVO M-V) in der Novellierung.

**Frau Graf** fragt, ob es noch Änderungen der PflanzAbfLVO M-V geben könne.

**Herr Gernetzki** sagt, dass Änderungen möglich seien. Die Landkreise seien der Meinung, dass der Paragraph, welcher Verbrennungen ermöglicht, gestrichen werden solle. Das Gesetz befinde sich allerdings noch in der Novellierung, daher bleibe abzuwarten, welche Regelung letztendlich getroffen werde.

**Herr Zorn** merkt an, dass man im Rahmen eines normalen Feuers auch Pflanzenabfälle verbrennen könne.

**Herr Gernetzki** sagt, eine Verbrennung von Pflanzenabfällen sei dann verboten, wenn die Vernichtung der Pflanzenabfälle im Vordergrund stehe.

**Herr Zorn** sagt, dass die Verbrennung von Pflanzenabfällen problemlos funktioniere.

**Herr Gernetzki** merkt an, dass solche Verbrennungen auch Gefahren bergen.

**Herr Niehaus** sagt, dass es letztendlich darum gehe, dass kein frisches Material verbrannt wird, um Rauchentwicklung zu vermeiden.

**Herr Porath** gibt zu bedenken, dass nicht jeder dazu in der Lage sei, seinen Pflanzenabfall auf Wertstoffhöfen und dergleichen zu entsorgen. Daher sei die Verbrennung für einige alternativlos.

**Herr Ilchmann** merkt an, dass die Belästigung durch Qualm nicht zu vernachlässigen sei.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt.

## **11. Mitteilungen**

---

Mitteilungen werden nicht vorgetragen.

**Herr Zorn** beendet den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

11.12.2025, gez. Christian Zorn

---

Datum, Unterschrift

**Christian Zorn**

Ausschussvorsitzender

11.12.2025, gez. Hannes Arndt

---

Datum, Unterschrift

**Hannes Arndt**

Protokollführer